



Bürokratischer Irrgarten: Bund sollte Kindergrundsicherung fallen lassen

Der Deutsche Landkreistag ist überzeugt davon, dass die Bundesregierung nach dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts stärker priorisieren muss, wenn es um kostenintensive Vorhaben geht. Das Thema Kindergrundsicherung sollte konsequenterweise nicht mehr weiterverfolgt werden. Das Vorhaben mache den Deutschen Landkreistag seit Langem ratlos. Es führe zu einem vollkommen übereilten und chaotischen Bürokratieaufbau. Die Reform sei in weiten Teilen nicht nachvollziehbar, weise Widersprüche auf und sei unausgegoren. „Ich fürchte, mit der Kindergrundsicherung wird etwas versprochen, das nicht zu halten ist.“ Präsident Reinhard Sager sprach sich generell für ein Umsteuern des Sozialstaats aus: „Die Leistungen des Staates müssen einfacher, transparenter und nachvollziehbarer werden. Die Menschen werden kein Verständnis dafür haben, wenn für viele hundert Millionen Steuergeld neben den Jobcentern die Familienkassen hundertfach zu parallel zuständigen Stellen aufgebaut werden. Dieses Thema sollte konsequenterweise nicht mehr weiterverfolgt werden.“

Sager sprach sich generell für ein Umsteuern des Sozialstaats aus: „Die Leistungen des Staates müssen einfacher, transparenter und nachvollziehbarer werden.“

Saarbrücken, den 21.11.2023

Susanne Schwarz, GF